

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

295 (30.6.1919) Mittagausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das Badische Land. Bestaus größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von Ferd. Biergarten. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Poststr. 10. Redaktion: Karlsruhe, Poststr. 300. Bei Abwesenheit des Verlegers, des Verwalters oder des Redakteurs: Herr Dr. H. Müller, Poststr. 10.

Verleger: Ferd. Biergarten. Druck: Carl Schmitt. Preis: 10 Pf. für den Abnehmer. Einzelhefte: 5 Pf. für den Abnehmer.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrags.

Paris, 28. Juni. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages begann um 3 Uhr 12 Min. und war um 3 Uhr 50 Min. beendet. Die deutschen Delegierten unterzeichneten zuerst. Es ereigneten sich keine Zwischenfälle und es wurden keine Proteste abgegeben.

Der 28. Juni ist nunmehr in doppelter Hinsicht ein historischer Datum der Weltgeschichte geworden: An diesem Tage des Jahres 1914 wurde in Sarajewo Erzherzog Franz Ferdinand ermordet (die Ursache, warum der Weltkrieg ausbrach) am gleichen Tage 1919 mußte Deutschland den Schmachfrieden von Versailles unterzeichnen. Hat die Entente gar mit Vorbedacht diesen Zeitpunkt gewählt, so würde es sich um einen so loben, teuflischen Witz handeln, daß ihr vor diesem Einfall und der Lust, ihn nachzugeben zu haben, vielleicht noch grauen dürfte.

Nur schwer stehen sich die beiden deutschen Bevollmächtigten gegenüber, die gewillt waren, ihren Namen unter den Friedensvertrag zu setzen. Die alte, von Graf Brodorski-Kanbau geleitete Abordnung war zurückgetreten, mehrere Persönlichkeiten, die man erachtet hatte, die schmerzliche Sendung zu übernehmen, hatten abgelehnt. Man konnte ja die Handlungsweise dieser Männer verstehen, zu billigen war aber der passive Widerstand nicht, der übrigens nicht nur auf diesem Gebiete besteht. Das peinliche Stutzen nach Unterzeichnen wurde noch durch das Verlangen des Verbandes erschwert, daß die deutschen Bevollmächtigten denen der übrigen unterzeichnenden Staaten zugänglich sein müßten. Wollte man es nicht nachkommen lassen, daß die Alliierten, wie sie drohten, durch ein neues Ultimatum die Reichsregierung zur Beschlüßnahme ihrer Entschlüsse zwang, so müßten sich die deutschen Bevollmächtigten rasch finden lassen. Und doch wurde es der 28. Juni, bis dies der Fall war und der Minister des Auswärtigen, Herrmann Müller und der frühere Kolonialminister Dr. Bredow den neuen Canossagang antraten.

Nun ist die für sie persönlich bittere und das ganze deutsche Volk demütigende Stunde vorüber, das Schicksal hat gesprochen. Die Unterschriften unserer Bevollmächtigten stehen an erster Stelle unter dem Vertrag. In etwas über einer halben Stunde wurde die ganze Handlung verrichtet, war die Erniedrigung Deutschlands besiegelt. Die Welt erlebt den merkwürdigsten Friedensabschluß ihrer Geschichte. Wie Deutschland überzogen Friedensabschluß ihrer Geschichte, diesen Friedensvertrag nicht restlos erfüllen zu können, sind es auch die Verständigen unter unsern Feinden und erst recht unter den Neutralen. Hat ein Vertragsgeschäft wäre unter solchen Voraussetzungen denkbar, in Versailles soll es sich aber um eine vor breiterer Öffentlichkeit geschlossene Vereinbarung handeln, in der, wie die Alliierten behaupten, die Pflichten des Unterlegenen am Maße der Gerechtigkeit und der genau abgemessenen Leistungsfähigkeit bestimmt worden sind. Das Urteil der Zukunft wird über die Vergewaltigung eines zusammengebrochenen Volkes, das sich vier Jahre lang standhaft gegen ein Meer von Feinden hielt, anders lauten. Schon heute protestierten, wie der „Manchester Guardian“ meldet, englische Offiziere und Mannschaften, die an der Westfront standen und deutsche Tapferkeit kennen lernten, gegen die Härte der Friedensbedingungen, die im Widerspruch zu dem Ständen, wofür Tausende von Briten ihr Leben hingegeben hätten. Dieser Protest wird nicht der letzte bleiben. Die Gewalttätigkeiten und Übergriffe der Ententendiktator werden dereinst Hemmnisse für sie selber werden. Deutschland mußte an diesem 28. Juni schwere Buße tun, vielleicht ist der Tag nicht fern, wo gleiches von Seiten vom Schlage Clemenceaus, Wilsons und Lloyd Georges beordert.

Weitere Meldungen.

Von der Stunde der Unterzeichnung. Berlin, 28. Juni. Zu der Unterzeichnung des Vertrages, der nach der Auffassung der Delegierten als ein Vertrag des Friedens gelten soll, erschienen von deutscher Seite nur die Delegierten Herrmann Müller und Dr. Bredow; sie waren begleitet von den Sachverständigen Professor Dr. Kraus (Leipzig) und dem Dolmetscher Dr. Michaelis. Sonst waren, wie das „B. T.“ mitteilt, nur noch 15 Berliner anwesende Vertreter der deutschen Presse anwesend, haben aber für diese Gelegenheit auf einen eigenen Bericht verzichtet; sie haben eine Kommission von 3 Mitgliedern gewählt, die nachher, nach dem Vertrag, den Bericht abgeben wird, der für alle deutschen Zeitungen gelten soll. In diesem Trauertag deutscher Geschichte darf ein solches feierliches Abgeben nicht abgehandelt werden, nur als Zeugin der Vorgänge wird die deutsch: Öffentlichkeit zugegen sein, damit sie, wenn es nötig sein sollte, eine tendenziöse Darstellung der Entente durch einwandfreies Zeugnis widerlegen kann.

Paris, 28. Juni. Die Zeremonie der Unterzeichnung des Friedensvertrages begann um 3 Uhr nachmittags. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz, Clemenceau, erklärte, nachdem die Bedingungen der Alliierten und assoziierten Mächte von den Deutschen angenommen seien, ersuche er die deutschen Bevollmächtigten, das Friedensdokument zu unterzeichnen. Er hob hervor, die Unterzeichnung des Friedensvertrages bedeute, daß die Bedingungen in loyaler Weise eingehalten werden müßten. Um 3.12 Uhr unterschrieben Herrmann Müller und Dr. Bredow als erste den Friedensvertrag. Hierauf unterschrieben die übrigen deutschen Delegierten. Kurz vor 4 Uhr war der Akt beendet. Clemenceau hob die Sitzung mit der Erklärung auf, der Friede sei geschlossen. Er ersuchte die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte zu warten, bis die deutschen Bevollmächtigten sich entfernt hätten; die Alliierten würden die deutsche Delegation in das Hotel des Reservoirs zurückführen. Die deutschen Bevollmächtigten verließen darauf als erste den Saal und begaben sich sofort in das Hotel des Reservoirs zurück.

Paris, 30. Juni. (Privattelek.) Wie die Blätter melden, war es auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages, sich den deutschen Friedensabordnung zu nähern, vergebens, da Clemenceau verboten hatte, sich mit den Deutschen zu unterhalten, unter Androhung der Verurteilung durch ein Kriegsgericht. Der Vertreter der amerikanischen Agentur „United Press“ hat indessen von Dr. Bredow und Herrmann Müller folgende Erklärungen erhalten: „Wir haben ohne irgendwelchen Vorbehalt unterzeichnet, das deutsche Volk wird alles in seinen Kräften Stehende tun, sich den Friedensbedingungen anzupassen. Wir glauben indes, daß die Entente in eigenen Interesse für notwendig erachtet, in Anbetracht der Unmöglichkeit der Durchführung, einige Artikel zu ändern. Wir denken, die Entente wird nicht auf der Auslieferung des Kaisers durch Holland bestehen bleiben. Die deutsche Regierung wird auf einen Angriff gegen Polen keinerlei Unterstützung gewähren.“

Heimreise der deutschen Delegation. T. M. Versailles, 30. Juni. (Privat.) Die Reichsminister Herrmann Müller und Dr. Bredow, sowie einige Mitglieder und die ganze Pressegruppe der deutschen Friedensdelegation reisten gestern abend 9 Uhr mittels Sonderzuges von Versailles ab. Der deutsche Gesandte von Paris, Herr Haniel, reist heute früh zusammen mit etwa 30 Mitgliedern der Delegation nach Deutschland ab. Freizeiter von Leipzig und etwa 20 Sekretäre werden zurückbleiben.

Berlin, 30. Juni. Dem „Berl. Lok.-Anz.“ zufolge, verabschiedete Präsident Wilson seine Abreise auf Sonntag abend. Auf sein Geheiß sollen 500 amerikanische Motoren nach Schleswig gehen zur Verstärkung der Besatzungsarmee, um die Ordnung während der Bolschewikentum aufrechtzuerhalten.

Die Besatzung Wilsons in Amerika. Washington, 28. Juni. (Reuter.) In einer an das amerikanische Volk unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages gerichteten Botschaft dringt Präsident Wilson auf die Annahme des Friedens und des Völkerbundesvertrages ohne Umänderung oder Vorbehalt. Er nennt den Friedensvertrag das große Abkommen einer Neuordnung der Dinge, das Grund für eine tiefe Genugtuung und allgemeine Befriedigung liege.

Ueber den Wortlaut des Vertrages. Berlin, 28. Juni. Die deutsche Regierung hatte darauf aufmerksam gemacht, daß das Exemplar des Vertrages, das heute unterzeichnet werden sollte, mit dem früher übergebenen nicht verglichen sei und deshalb Fehler enthalten könne. Darauf überbrachte der Sekretär der Konferenz Dutasta gestern abend 10 Uhr Herrn von Haniel zwei Noten Clemenceaus, in dem dieser die Garantie für die Gleichförmigkeit der Verträge übernimmt. Die beiden Noten lauten: 1. „Herr Vorsitzender! Die all. u. ass. Mächte haben die Note der deutschen Delegation bezüglich des Abkommens über die Rheinlande vom 27. 6. d. J. genehmigt. Sie nehmen davon Notiz, daß die deutsche Delegation die Vollmacht zur Unterzeichnung dieses Abkommens am festgesetzten Datum erhalten wird. Sie haben nichts dagegen einzuwenden, daß nach der Unterzeichnung Verhandlungen angebahnt werden, um zum besten Interesse der beteiligten Teile eine Anzahl Fragen zu regeln, welche von der deutschen Delegation aufgeworfen werden können. Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, usw., gez. Clemenceau.“

Herr Vorsitzender! Ich habe die Ehre, Ihnen die förmliche Zusicherung zu übergeben, daß der gedruckte Wortlaut des Friedensvertrages, welcher den deutschen Bevollmächtigten gleichseitig mit den Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Mächte zur Unterzeichnung vorgelegt wird, in allen Punkten mit dem Wortlaut desjenigen Protokolls, welches am 21. Juni 1919 Ihnen überreicht wurde, abgesehen von den Korrekturen, deren Ihnen am 24. Juni zugestimmt wurde und von den Abänderungen, die in den Akten der Bevollmächtigten vorgenommen werden konnten. Weiter beziehe ich mich, Ihnen ein Exemplar des Textes des Friedensvertrages und der beiden Dokumente, welche ihn ergänzen, d. h. Protokoll und Abkommen bezüglich des Rheinlandes mitzugeben zu lassen. Diese Texte wurden mit denselben Sachverständigen, Notaren und Praktikern, wie die für die Unterzeichnung bestimmten Instrumente, gedruckt. Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, usw., gez.: Clemenceau.

Eine neue Note Saniels. Versailles, 28. Juni. Gesandter v. Haniel richtete heute folgende Note an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau: „Herr Präsident! Im Auftrage des Reichsministers des Auswärtigen beziehe ich mich, Ew. Erz. folgendes mitzuteilen: Unter Hinweis auf den Schlußsatz des Schreibens Ew. Erz. v. 20. ds. Mts. wegen Heimbeurlaubung der Kriegsgefangenen und auf Teil VI der Antwort der all. u. ass. Mächte auf die Bemerkung der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen bittet die deutsche Regierung um eine tunlichst baldige Erklärung, wann, wo und in welcher Zusammenkunft der Zusammentritt der in Art. I des Friedensvertrages vorgesehenen Kommission in Aussicht genommen ist. Genehmigen Sie, Herr Präsident, usw., gez.: Haniel.“

Das Echo der Berliner Blätter. Berlin, 28. Juni. Im „Berl. Tagebl.“ schreibt Graf Königelas: „Der Kampf der wahren Friedensfreunde aller Länder gegen die Unterzeichnung hat mit einer vollen Niederlage geendet. Zermüht, verzweifelt, hoffnungslos, vom Hunger entkräftet, hat das deutsche Volk nicht mehr vermocht, eine

geschlossene Front für die Abwehrung des großen Frevels zu bilden. Nachdem aber das geschehen ist, gibt es keine andere Wahl, als zu versuchen, den Vertrag bis zur äußersten Grenze des Möglichen einzuhalten. In dem geistigen Kampf für den Frieden, für das Recht des deutschen Volkes auf Leben und Arbeit muß rücksichtslose Offenheit und Aufrichtigkeit den Leitstern unserer auswärtigen Politik bilden. Keine diplomatische Note oder Depesche werde geschrieben, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätte! Jeder Beamte im auswärtigen Amt, jeder Vertreter Deutschlands im Auslande habe sich stets vor Augen, daß schließlich alles an's Licht kommt!“

Der „Vorwärts“ sagt: „Wir träumen nicht von einer blutigen Rebelle, wie die alldeutschen Narren, die man ihre „Gerechtigkeit“ am eigenen Leibe spüren. Aber wir hoffen und vertrauen unerschütterlich auf den Sieg des Rechts, nicht aber auf einen Sieg, der ganz von selber kommen wird. Uns steht ein Kampf für den Sieg des Rechts bevor, ein Kampf des Geistes, der mit der höchsten Energie und Anbrunst geführt werden muß.“

Die „Post-Zeitung“ schreibt in einem Artikel „Ende und Anfang“: „Wir haben gelitten bis zum Uebermaß. Auch in kommenden Jahrhunderten werden Deutsche leben. Unsere Pflicht ist es, ihnen mehr zu hinterlassen, als die Erinnerung an die tieffste Schmach ihres Volkes, an den Keim der Zerküftung und des Verfalls, der aus diesem Kriege zurückgelassen ist. Wir müssen den Aufbau beginnen. Wir müssen die Grundsteine legen für das neue Haus, worin diese „Deutschen von morgen“ als ein einiges und verbündetes Volk wohnen sollen. In diesem Ziele muß Deutschland einzig sein.“

Der „Lokalanzeiger“ schreibt: „Wir müssen Schweigen lernen. Die Tatsachen werden für uns zu reden haben — und mit Gott einmal die Tat. Ihre Zeit ist noch fern. Aber unverer alter Aufgabe ist es, uns und unsere Kinder innerlich darauf vorzubereiten. Diese Erniedrigung birgt einen Stachel in sich. Diesen Stachel wollen wir uns und unseren Kindern schmerzhaft tief in die Seele pressen und dann des Tages harren, der einmal kommen wird; harren, nicht in Tatenlosigkeit, sondern in Erfüllung unserer Pflichten.“

Das nahe Ende der Blockade? T. M. Basel, 30. Juni. (Privattelek.) Der Rat der Vier hat beschlossen, die Blockade Deutschlands soll beendet werden, sobald Deutschland das Ergebnis der Abstimmung des Friedensvertrages in der Nationalversammlung bekannt gegeben hat.

Die Vertreter Chinas haben nicht unterzeichnet. D. Versailles, 29. Juni. (Privattelek.) Wie verlautet, haben sich die Chinesen im Augenblick der Unterzeichnung geweigert, wegen der Schantung-Frage den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung müßte demnach ohne die Vertreter Chinas stattfinden.

Was nun?

Von Reichsminister a. D. Schiffer, Mitglied der Nationalversammlung. Körperlich und seelisch erschöpft sind Regierung und Nationalversammlung nach Tagen qualvoller Erschütterungen von Weimar zurückgekehrt. Die Pause in ihrer Tätigkeit ist nur kurz und dürfte auch nur kurz bemessen werden. Wir haben keine Zeit müde zu sein. Wir haben kein Recht, uns der Betrübnis, der Lage, der Verzweiflung hinzugeben. Wir haben nur eines ins Auge zu fassen: Die Zukunft. Behmann-Holweg sagte einst: „Die Entwicklung steht nicht still“, sie geht weiter und wird über uns hinweggehen, wenn wir uns nicht aufraffen und ihr in den Weg werfen. Jetzt oder nie ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir ihr die Weidung geben müssen, die wieder nach oben führt; oder wir verfallen im Abgrund. Wenn die Einmütigkeit in die ruckelosen Friedensbedingungen überhaupt einen über die brutale Gewalt hinausgehenden Sinn haben soll, so kann er nur darin bestehen, daß sie uns einen Boden verschafft, auf dem wir stehen, uns sammeln, arbeiten, aufbauen können. Während eines Erdbebens, solange die Erde noch zittert und schwankt, kann man nicht bauen. Jetzt vermögen wir die Trümmerstätte einigermaßen zu übersehen; und nun gilt es, ungesäumt Hände anzulegen, um Ruinen abzutragen, Risse auszufüllen, neue und tragfähige Mauern zu errichten, neue und gangbare Wege anzulegen. Die Entscheidung, daß man nicht wisse, was wird, hat keine Geltung mehr.

Unter den sich hieraus ergebenden parlamentarischen Aufgaben steht zeitlich an erster Stelle die Verfassung. Sie soll sofort nach dem Wiederzusammentritt der Nationalversammlung im Plenum verhandelt werden. Eine besondere Belastung, die vielleicht nicht gerade unumgänglich notwendig gewesen wäre, bilden die Grundrechte, die in ihrer rechtlichen Tragweite zum Teil recht unklar, an politischen Streitpunkten dagegen überreich sind. Im übrigen ist der Entwurf in der Gestalt, die ihm in langer hingebender Arbeit der Ausschuss gegeben hat, sicherlich ein verdienstvolles Werk; ob es aber den Anforderungen völlig genügt, die nach der gegenwärtigen Gestaltung der Verhältnisse an den Verfassungsentwurf zu stellen wären, erscheint zum mindesten zweifelhaft. Die Verfassung, die dem Empfinden der Bevölkerung und den Bedürfnissen des Staates am besten entspräche, müßte wohl gleichzeitig auf Unitarismus und Dezentralisation abgestellt sein. Wollte man indes dieses Ziel schon jetzt zu erreichen suchen, so wäre das nur durch eine grundsätzliche Umgestaltung der Vorlage möglich. Hierfür ist der Augenblick nicht angetan. Es empfiehlt sich, das Ziel zu kennzeichnen und im Auge zu behalten, aber zunächst einmal den Entwurf mit tunlichst wenigen Veränderungen und tunlichst größter Beschleunigung anzunehmen und damit die Reichsverfassung unter Dach und Fach zu bringen — auch wenn es vorerst nur ein Notdach ist. Das Weitere mag der Zukunft vorbehalten bleiben.

In die Beratung der Verfassung dürfte sich die der Steuerentwürfe anschließen. Ihr Inhalt ist bereits bekannt. Einmalige und fortlaufende, direkte und indirekte Steuern — ein reiches und buntes Bild, das aber, trotzdem es bereits auf Willkürverträge hinausläuft, doch nur die Einleitung zu der Lösung des Finanzproblems in seiner Gesamtheit darstellt. Ueber dieses Gesamtproblem, über ein einheitliches und erschöpfendes Finanzprogramm wird Auskunft gegeben und gesprochen werden müssen, wenn auch fertige Entwürfe noch nicht überall vorgelegt werden können. Dabei wird das Verhältnis zu den anderen Steuergläubigern, zumal Einzelstaaten und Gemeinde eine erhebliche Rolle spielen; der Gesamtbedarf, der zu decken ist, muß berechnet werden, da der Schuldner, aus dessen Tasche die Deckung kommen soll, eine Einheit ist. Die Untercheidung von direkten und indirekten Steuern wird nicht mehr viel Aufregung hervorrufen, weil niemand zu leugnen imstande ist, daß wir ohne finanzielle Heranziehung aus der letzteren nicht auskommen können. Schon aus finanziellen Gründen, jedoch auch aus moralischen Er-

wägungen und politischen Rücksichten wird der Charakter der neuen Finanzgebarung ein stark antikapitalistischer insofern sein, als sie der Bildung und Erhaltung übermäßiger Einkommen und Vermögen hindernd in den Weg treten wird. Soll die Abhilfe, die Kosten wahrhaftig erziehbildend und gerecht zu gestalten, verwirklicht werden, so muß vor allem die — mit der Steigerung der Steuerlasten natürlich sehr wachsende — Neigung zur Steuerhinterziehung in Rechnung gestellt und wirksam bekämpft werden. Strafen allein tun es nicht. Vorbeugende Maßnahmen und technisch vervollkommnete Veranlagung sind geboten. Insbesondere wird mit Nachdruck dazu geschritten werden müssen, das Einkommen in weitem Umfange bereits an der Quelle zu erfassen. Überall werden schließlich wirtschaftliche und soziale Rücksichten ihre Schweregewichte geltend machen.

Nun gibt es heute überhaupt kein Gebiet mehr, auf das nicht wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte von maßgebendem Einfluß wären. Nur darf man sich darüber keiner Täuschung hingeben: mit dem Schlagwort „Nun erst recht Sozialpolitik“ ist nicht mehr auszukommen. Es handelt sich bei der Sozialpolitik nunmehr nicht um eine Quantitäts-, sondern eine Qualitätsfrage: der Begriff Sozialpolitik hat sich gewandelt, erweitert und vertieft. Sie erschöpft sich für das Arbeitsverhältnis nicht mehr im Schutz des Schwachen gegen die Hebermacht, sondern erstreckt sich für die Teilnahme an der Macht, ihrer Betätigung und ihrer Erfolge innerhalb der Grenzen der wirtschaftlichen Möglichkeit. Die aktuelle Aufgabe gegenüber extremen Tendenzen ist die Mitwirkung im Unternehmen, die materielle und ideelle Mitarbeiterziehung der Arbeiter und Angestellten an ihm, jedoch nicht die grundsätzliche Befreiung des Unternehmens. Denn, wie der vorläufige Bericht der Sozialforschungskommission selbst durchaus zutreffend sagt, „eine der schlimmsten Gefahren, die der geplanten Organisation drohen, wäre die Ausgestaltung freier Initiative und individueller Verantwortungs-Bereitschaft, auf denen die Erfolge primärer Geschäftsführung beruhen.“ Man könnte also, soweit nicht eine gemeinwirtschaftliche Verwaltung und Verwertung zu erfolgen hat, von einem „gemäß-wirtschaftlichen Unternehmen in einem ganz neuen Sinne sprechen, für das die Rechtsform zu finden wäre.“

Schon diese Fragen stehen nicht gesondert nebeneinander, sondern im engen Zusammenhang miteinander; und über sie hinaus reichen die Zusammenhänge in ein beinahe unerschöpfbares Gebiet weiterer Fragen hinein. Freiheit oder Gebundenheit der Wirtschaft nach außen, Neuorganisation der Beamtenverhältnisse, Verwaltungs- und Justizreform, innere Kolonisation, Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land, körperliche und geistige Erziehung, auch unter Berücksichtigung des Wegfalls der allgemeinen Wehrpflicht, vor allem aber auch auswärtige Politik — eine Menge von gewaltigen Aufgaben, die ihre Lösung erheischen, und zwar zum Teil von der Gesetzgebung, also von Regierung und Volkswirtschaft. Je größer aber ihre Zahl ist, desto mehr tut eines not: Selbstschutz. Zeitalter der Reformen sind stets der Gefahr ausgesetzt, daß der an sich tödliche Eifer, Neues zu schaffen, die Verbindung mit dem Bestehenden und das Gefühl für das Mögliche verliert, das vorhandene Gute — und dessen ist bei uns wahrlich noch sehr viel da — achtlos beiseite wirft, in phantastischem Überdramatismus und theoretischen Konstruktionen den Boden praktischer Erfahrung und Verwertbarkeit unter den Füßen verliert und schließlich in ein endloses Gerede ausartet, in dem allmählich jedes Interesse und jede Schaffens- und Tatkraft erlischt.

Möge sich die deutsche Nationalversammlung dieser Gefahr bewußt sein und im Bunde mit der Regierung das Ihrige dazu tun, ihr zu entgegen.

Das Verfahren gegen die „Schuldigen“

— Haag, 28. Juni. Der Pariser Korrespondent des „Amsterdamer Telegraaf“ hatte eine Unterredung mit einer hohen französischen Persönlichkeit, die als Autorität auf dem Gebiete des Rechtslebens anerkannt ist und während der Friedenskonferenz einer der wichtigsten Ratgeber der Regierungschefs war. Dieser Gewährsmann behauptet, daß das Verfahren gegen den deutschen Kaiser nach moralischen Grundsätzen geführt werden wird. Die Aussprache werde ausschließlich moralischer Art sein. Es könne keine Rede davon sein, daß eine Verurteilung zu Freiheitsstrafe in Frage komme. Wahrscheinlich werde man sich damit begnügen, die Verbrechen des Kaisers gegen die internationale Moral, als er den Krieg entfesselte und gegen die Heiligkeit der Verträge, als er die Neutralität Belgiens und der Kriegsgesetze verletzte, scharf zu verurteilen.

Weiter werde man das Geschlecht der Hohenzollern für alle Zeiten des Thrones für verflucht erklären und es dem Kaiser unmöglich machen, ferner noch Schaden anzurichten, indem man ihm einen Wohnplatz anweise, den er nicht verlassen darf. Falls er sich weigert, vor einem internationalen Gerichtshof zu erscheinen und Holland ihn zwingen würde, das holländische Gebiet zu verlassen, würde ihn nichts hindern, nach Deutschland zurückzuführen. In diesem Falle würden die assoziierten Regierungen Verhandlungen mit der deutschen Republik einleiten, um diese zu veranlassen, den Kaiser zu zwingen, vor einem Gerichtshof zu erscheinen. Man scheint es nicht als ausgeschlossen anzusehen, daß der Kaiser selbst vor einem Gerichtshof erscheinen wird, weil er vor diesem von seinem Verteilungsrecht vollen Gebrauch machen kann und Gelegenheit haben wird, seine Verantwortlichkeit gegenüber dem Urteil der Geschichte niederzulegen.

Weiter versichert derselbe Korrespondent, daß die deutschen Offiziere, deren Verfolgung die Assoziierten verlangen, vor einem Gerichtshof auf rein juristischer Grundlage gestellt werden und sich für Verbrechen zu verantworten haben werden, die sie gegenüber dem allgemeinen Recht begangen haben. (N. B. L.)

— Berlin, 30. Juni. Der „Köln. Bzg.“ wird aus Rotterdam gemeldet, daß der Rat der Vier eine schärfere Bewachung des früheren deutschen Kaisers forderte. Dazu erfährt der Korrespondent, daß die holländische Regierung nicht daran denke, ihre Haltung gegenüber dem Kaiser und dem Kronprinzen zu ändern.

Belmann-Holtweg stellt sich der Entente zur Verfügung.

— Berlin, 28. Juni. Der ehemalige Reichstagsler v. Bethmann-Hollweg hat, nachdem er bereits am 20. Mai 1919 den gleichen Schritt auf ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung hat fassen lassen müssen am 25. Juni an Clemenceau ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen bittet, nachstehendes Schriftstück zur Kenntnis der alliierten und assoziierten Mächte zu bringen:

„In Artikel 227 der Friedensbedingungen haben die alliierten und assoziierten Mächte Wilhelm II. von Hohenzollern, den früheren deutschen Kaiser, wegen schwerer Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der heiligsten Macht der Verträge unter öffentliche Anklage gestellt. Sie haben gleichzeitig ihren Entschluß kundgegeben, an die Regierung der Niederlande ein Ersuchen zu richten, in dem sie bitten, den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Verurteilung auszuliefern. Mit Bezug hierauf erlaube ich mir, an die alliierten und assoziierten Mächte die Bitte zu richten, das gegen den Kaiser beschlossene Verfahren gegen mich nicht stattfinden zu lassen. Zu diesem Zweck stelle ich mich hierdurch zur Verfügung der alliierten und assoziierten Mächte. Als ehemaliger deutscher Reichstagsler trage ich für meine Amtszeit die im deutschen Staatsrecht geregelte alleinige Verantwortung für die politischen Handlungen des Kaisers. Ich glaube hieraus den Anspruch herleiten zu dürfen, daß die Regierungen, welche die alliierten und assoziierten Mächte für diese Handlungen fordern wollen, ausschließlich von mir gefordert wird.“

„In der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Mächte einem durch öffentliches Staatsrecht normierten Rechtszustand auch die internationale Beachtung nicht versagen wollen, darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß sie meiner dringenden Bitte stattzugeben geneigt sein werden.“

Aus den besetzten deutschen Gebieten

Neue Übergriffe der Franzosen im Bräudenkopf Kehl.

RTB. Karlsruhe, 28. Juni. Die völkerrrechtswidrigen Übergriffe der Franzosen im Bräudenkopf Kehl scheinen sich fortzusetzen. Bekanntlich haben die Franzosen drei richterliche Beamte in Kehl verhaftet lassen, die die Verhaftung des Hochverrätters Sompas in Kehl ebenfalls von den Franzosen festgenommen worden sein. Offenbar besteht die Absicht, den Treibereien der hochverräterischen Kreise im Kehl-Bräudenkopf dadurch freie Bahn zu schaffen, daß das vom ganzen deutschen Volke geforderte Vorgehen gegen die Hochverräter durch Inhaftierung der damit befaßten Justizorgane lahmgelegt wird. Die Entziehung über das völkerrrechtswidrige Verhalten der Franzosen ist allgemein. Die badische Bevölkerung insbesondere unterstützt lebhaft die Bitte der badischen Regierung an die Reichsregierung die Übergriffe energisch zu protestieren und die Haftentlassung der Beamten herbeizuführen.

Heimgelohrte Kriegsgefangene im Saargebiet.

M. Saarbrücken, 27. Juni. Die ersten deutschen Kriegsgefangenen sind hier angekommen und unter großem Jubel von ihren Angehörigen empfangen worden. Die aus dem Saargebiet stammenden Kriegsgefangenen sind unter den anderen herausgehoben, in Sammelagern zusammengefaßt und in ihre Heimat befördert worden.

Zur Lage im Osten.

Die Kämpfe zwischen Esten und Letten.

RTB. Riga, 28. Juni. Der Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft in Riga teilt mit: Die in letzter Zeit in wachsendem Umfange durchgeführte Zurückziehung der rheinischen Verbände aus dem Baltikum hat an der lettisch-estnischen Front ihre Einwirkung fühlbar gemacht. Die estnischen Truppen, von den Engländern mit Kriegsmaterial reichlich unterstützt, sind auf lettisches Gebiet vorgedrungen und haben die Truppen der lettischen Regierung gezwungen, sich vor einer drohenden Umzingelung in der Richtung auf Riga zurückzuziehen. Welche Entwicklung der Konflikt zwischen den beiden jungen Republiken noch nehmen wird, läßt sich bisher nicht mit Sicherheit übersehen.

RTB. Mitau, 28. Juni. Die Kämpfe zwischen den lettischen und estnischen Truppen sind, nachdem die Verhandlungen wegen Abzug eines Waffenstillstandes ergebnislos geblieben waren, neuerlich wieder angeleht. Vor dem umfassenden Angriff der mit allen modernen Kampfmitteln, auch mit Gas, ausgerüsteten estnischen Truppen mußten sich die zahlenmäßig schwächeren lettischen Truppen zurückziehen bis zu einer Defensivstellung etwa 15 Kilometer östlich von Riga. Verhandlungen wegen einer Waffenruhe, die unter Leitung eines amerikanischen Offiziers eingeleitet wurden, sind von den Esten abgelehnt worden. Nach Lage der Umstände muß auch Riga als bedroht angesehen werden.

Die Geschneidnisse im Reich.

Die Vermögensabgabe.

— Berlin, 28. Juni. Die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes über eine große Vermögensabgabe geht im Reichsfinanzministerium ihrer Vollendung entgegen. Sie wurde bekanntlich, da wie bereits gemeldet, der Finanzminister Wert darauf legt, daß die Vorlage noch im Juli der Nationalversammlung zugeht. Man plante ursprünglich durch die Abgabe 40—50 Milliarden herauszubringen, da man sich aber noch in letzter Stunde ein bedeutend höheres Ziel gesteckt hat, so hat es sich als notwendig erwiesen, den Rahmen erheblich zu erweitern. Man will jetzt sogar versuchen, durch die Vermögensabgabe 70—90 Milliarden herauszubringen. Die Abgabefrist soll möglichst entgegenkommend gestaltet werden. Als Ausgleich dafür sollen die Steuerbeträge verzinst werden, soweit ihre längere Stundung nachgesucht und bewilligt wird.

Der württembergische Kriegsminister zurückgetreten.

RTB. Stuttgart, 28. Juni. Kriegsminister Herrmann hat laut Staatsanzeiger, seine schon früher wiederholt ausgesprochene Absicht, seine Enthebung vom Amte zu erbitten, nunmehr ausgeführt, nachdem die Maßnahmen für die Einführung der Reichswehr getroffen sind. Der Staatspräsident hat das Rücktrittsgesuch unter Anerkennung seiner Loyalität während der schwierigen Monate der Übergangszeit, genehmigt. Eine definitive Wiederbesetzung des Amtes kommt nicht in Frage, da nach der neuen Reichsverfassung und dem Reichswehrgesetz das Kriegsministerium zur Aufhebung kommt.

Eine Senkung der Lebensmittelpreise.

— Berlin, 28. Juni. Es ist schon kurz gemeldet worden, daß die Regierung den streikenden Eisenbahnarbeitern eine Senkung der Lebensmittelpreise vorschlug, falls sie auf die Durchführung des Streiks verzichteten würden. Die Arbeiter zeigten sich diesem Vorschlag geneigt. Es sollen also vom 5. Juli ab bestimmte Nationen zu bestimmten Preisen an die gesamte Bevölkerung abgegeben werden. Die Senkung der Preise wird so stark sein, daß die Ersparnis z. B. für eine fünfköpfige Familie pro Woche 25 bis 30 Mark ausmacht.

Die Regelung der Verbilligung der Lebensmittelpreise für ausländische Zusätze ist entgültig folgendermaßen festgelegt worden. Zu dem Verkaufspreis, welchen die Reichsstellen künftig in Rechnung stellen sollen, sind die Verteilungskosten der Kommunalverbände hinzuzurechnen. Die Kleinverkaufspreise werden sich hiernach für das Pfund je nach den Unkosten des einzelnen Kommunalverbandes etwa wie folgt stellen:

Amerikanisches Backmehl, von dem auch fernerhin 250 Gramm die Woche verteilt werden soll, 80 bis 85 Pfg., statt bisher 2,20 bis 2,50 Mk.; Reis, der abwechselnd mit Hülsenfrüchten mit 1/4 Pfund pro Kopf und Woche zur Verteilung gelangen soll, etwa 2,00 bis 2,20 Mk., statt bisher über 3,00 Mk.; Hülsenfrüchte etwa 1,10 bis 1,30 Mk., statt 2,20 Mk.; ausländisches Fleisch, soweit dies infolge Mangels an inländischem Fleisch auf Nationen verteilt werden muß, 4,50 bis 5,00 Mk., während bekanntlich zuletzt in Berlin 11 Mk. für das Pfund gezahlt werden mußte; amerikanischer Speck 125 Gramm pro Kopf und Woche 4,00 bis 4,50 Mk., statt bisher 7 bis 8 Mk.; ausländisches Speiseeifert 50 Gramm pro Kopf und Woche 5,00 bis 5,50 Mk., statt bisher 6 bis 7 Mk.; ausländische Kartoffeln sollen soweit verbilligt werden, daß die Preise für die Inlandsartikeln nicht überschritten zu werden brauchen.

Nach überschüssiger Berechnung wird der Gesamtbetrag der Verbilligung über 1 1/2 Milliarden Mark betragen. Er soll zu gleichen Teilen auf Reich, Freistaaten und Kommunalverbände übernommen werden. Daß die Freistaaten und Kommunalverbände bei diesem großen des Reichs sich in dieser Weise beteiligen werden, kann vorausgesetzt werden, nachdem der preußische Finanzminister sich bereits mit dieser Regelung einverstanden erklärt hat. Die Maßnahme soll in aller Schnelligkeit durchgeführt, auch soll

dafür Sorge getragen werden, daß die Zuschläge der Kommunalverbände keinesfalls über die wirklich entstehenden Unkosten hinausgehen.

Die „Frankf. Bzg.“ bemerkt hierzu: „Die Hoffnung ist, daß durch nicht nur ausländische Lebensmittel billiger erhältlich werden, sondern daß auch die Schleichhandelspreise der inländischen Lebensmittel dadurch unter einen scharfen Druck gesetzt werden, der sie weichen müssen. Diese Schleichhandelspreise sind ja unser Verhängnis. Weil die Bevölkerung von den Nationen nicht leben kann, besorgt sie sich die notwendige Ergänzung „hinten herum“; und je größer bei der schweren Warenknappheit, dem eigentlichen Kern des Übels, diese illegitimen, aber eben durch die Not legitimierte Nachfrage ist, desto höher diese Schleichhandelspreise, desto höher auch der Preis für die Landwirte, ihre Erzeugnisse nicht für die reguläre Verteilung abzuliefern, sondern sie zu den hohen Preisen in die dunklen Kanäle des Schleichhandels zu geben — desto kleiner also die für die Verteilung verfügbaren Mengen, desto kleiner mithin die an den legitimen Preisen erhaltenden Nationen. Eben diesem soll entgegengetreten werden. Wenn sich die ausländischen Lebensmittel dazu benutzten werden, die Nationen wirksam zu erhöhen so sinkt die Nachfrage nach Schleichhandelsware. Und diese sinkende Nachfrage zusammen mit den niedrigeren Preisen der Auslandsware wird hoffentlich auch die Schleichhandelspreise selbst herunterdrücken lassen, sobald tatsächlich eine allgemeine Verteilung der Ernährung die gegenwärtige Lage wäre. Der dunkle Punkt in dem Erwarten darf man natürlich nicht übersehen. Es kostet Geld: 500 Millionen Mark im Monat, 1500 Millionen in den drei Monaten für die es zunächst in Aussicht genommen ist. Aber das ist ja nur Verschlebung. Die ausländischen Lebensmittel selbst werden dadurch wieder teurer noch billiger. Die deutsche Volkswirtschaft muß zahlen, was sie kosten. Und der Unterschied ist nur der, daß normalerweise der Käufer den ganzen Preis zahlen müßte, während jetzt einen Teil davon der Staat zahlt — dem natürlich der Staat auch nach dem Geld zurückzahlen muß. Die außerordentlich wichtige Bedeutung in der Funktion der Steuer, die im sozialen Staat ungewisselhaft kommen muß, ändert sich hier an.“

Zweierlei Lebensmittelpreise?

D. Berlin, 29. Juni. (Priv.) Die Preisermäßigung für die Lebensmittel ist in der heutigen Kabinettsitzung eingehend beraten worden. Nähere Einzelheiten über ihre Durchführung sind bisher noch nicht bekannt, doch steht fest, daß man den Plan erliegen hat, höhere Steuerklassen der Bevölkerung von der Preisermäßigung auszunehmen. Daß sich aber nach Angabe der Regierung in der Kürze der Zeit nicht durchführen lassen. Demgegenüber muß gesagt werden, daß diese Einrichtung seit Jahren in Darmstadt und in Straßburg und seit einiger Zeit im ganzen Freistaat Sachsen durch die Ausgabe von zweierlei Sorten Lebensmittelpreisen durchgeführt ist und sich gut bewährt hat. Wie die Verteilung der Kosten stattfinden soll, steht ebenfalls noch nicht fest, doch ist sicher, daß Preisen von den 1/2 Milliarden Mark 500 Millionen zu tragen hat.

Wichtig ist, daß in dieser ganzen Frage der Preisermäßigung sich einzig und allein auf die Lebensmittel bezieht, die wir aus dem Auslande erhalten. An den Preisen der einheimischen Lebensmittel läßt sich vorläufig eine Verringerung nicht vornehmen. Die Preisermäßigung soll für ganz Deutschland gelten.

Die Streikbewegung.

RTB. Berlin, 28. Juni. Die Oberpostdirektion teilt mit: Der Streik der Ausführenden beim Postfachamt, beim Postzeitungsamt und beim Fernsprekamt in Berlin ist beendet. Die Ausführenden haben den Dienst wieder aufgenommen, ohne daß ihre Forderungen bewilligt worden sind.

Der Eisenbahnerstreik beigelegt.

RTB. Berlin, 29. Juni. Eine Versammlung der Eisenbahnerbeamten und Arbeiter im Circus Busch sprach sich über die Aufgabe der Arbeiter in der Eisenbahn zurückzuführen. Auf die Arbeiter und Beamten der Eisenbahn wurde die Aufgabe der Arbeiter in der Eisenbahn zurückzuführen. Auf die Arbeiter und Beamten der Eisenbahn wurde die Aufgabe der Arbeiter in der Eisenbahn zurückzuführen.

RTB. Breslau, 30. Juni. (Priv.) Zwecks Beilegung des Eisenbahnerstreiks haben am Sonntag ernannte Verhandlungen zwischen der Streikleitung und dem Reichsstaatsminister stattgefunden. Der Reichsstaatsminister erklärte sich bereit, sich mit den ganzen Forderungen der berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahner einzulassen. Alle über das Wirtschaftliche hinausgehenden Forderungen lehnte er grundsätzlich ab. Darauf fanden noch einmal Verhandlungen mit der Streikleitung statt, deren Ergebnis war, daß im Laufe des Nachmittags an alle Stellen in Preußen die telegraphische Aufforderung zur sofortigen Wiedernahme des Betriebs bei den Bahnen und zur Wiedernahme der Arbeiter in den Betriebswerkstätten am Montag früh 6 Uhr ausgingen wurde.

Neue Streiks vor der Tür.

D. Berlin, 30. Juni. (Privat.) Rum daß die Gefahr eines allgemeinen Eisenbahnerstreiks behoben ist, so droht Berlin wieder ein neuer Streik. Angefaßt aller Zusagen und der Versicherung, daß die Verteilung der Lebensmittel sofort durchgeführt wird, haben die Straßenbahner gestern nach dem Beschluß, zum Montag die Arbeit niederzulegen. Mit ihnen wollen alle übrigen Berliner Bahnen, die Siemensbahn, die Dammstraße, sowie das Allgemeine Elektrizitätswerk in den Ausführenden treten. Die Hauptforderung geht jetzt dahin, daß ihnen einmalige Entschädigungsumme von 700 Mark angeboten wird, was bei dem derzeitigen Personalstand die Summe von 1 1/2 Millionen Mark ausmachen würde. In der gestrigen Verhandlung der Hochbahnangehörigen wurde einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß man entschlossen sei, mit den Straßenbahnern zusammen in den Ausführenden zu treten.

Luftwärme in Karlsruhe

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station). Am 27. Juni, 2.26 Uhr: Barom. 752 mm, Therm. 13,0 Grad; absolute Feuchtigkeit 10,5 mm, Feuchtigkeit in Proz. 95, Wind N. Regen: am 27. Juni, 9.26 Uhr: Barom. 755 mm, Therm. 12,0 Grad; absolute Feuchtigkeit 9,4 mm, Feuchtigkeit in Proz. 91, Wind S.W., Himmel bedeckt; am 28. Juni, 7.26 Uhr: Barom. 756 mm, Therm. 13,0 Grad; absolute Feuchtigkeit 8,5 mm, Feuchtigkeit in Proz. 76, Wind S.W., Himmel wolkig.

Höchste Temperatur am 27. Juni: 16,4 Grad; niedrigste in darauffolgender Nacht 8,0 Grad.

Niederschlagsmenge, gemessen am 28. Juni 7.26 früh 11,7 mm.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel, 30. Juni, morg. 6 Uhr: 2,85 m. (28. Juni 3,00 m.) Kehl, 30. Juni, morg. 6 Uhr: 3,87 m. (28. Juni 3,97 m.) Mainz, 30. Juni, morg. 6 Uhr: 5,61 m. (28. Juni 5,47 m.) Mannheim, 30. Juni, morg. 6 Uhr: 4,55 m.

Aus der Landeshauptstadt.

Der getrige letzte Juni-Sonntag glied eher einem Novembertag. Der teilweise einsetzende Regen brachte starke Abkühlung, sodas...

Die badische Obstversorgung hat für Kleinrenten den Erzeugerhöchstpreis auf 65 Pfennig, den Kleinrenten...

Die 27. Vertreterversammlung des deutschen Lehrervereins fand vom 10. bis 12. Juni im Lehrervereinshaus zu Berlin statt, an der etwa 400 Vertreter teilnahmen.

Der Gedanke an Gertrud mußte ihm Erholung sein wie ein Bad, das nach langer Wanderung vom Straßenstaub befreit.

gisch aufgenommene Befunde, ihm Hilfe zu bringen, Neben ohne Erfolg.

Die Kartoffelerzeugung.

Karlsruhe, 29. Juni. Amlich wird geschrieben: Der Höchstpreis vom 1. Juli 1919 an gilt auch für die in Württemberg, Treibhäusern und gartenmäßigen Kulturen gezogenen Kartoffeln.

Der Stand der Arbeitslosigkeit in Karlsruhe. Na. Karlsruhe, 28. Juni. Am 14. Juni war der Stand der Arbeitslosigkeit folgender: (Die eingeklammerten Zahlen geben den Stand vom 17. Mai an)

Table with 4 columns: Beruf, Anzahl, davon männlich, davon weiblich. Rows include Kaufm. Abteilung, Gastwirts-gewerbe, Sonstige männliche, Weibliche.

Es ist somit eine weitere Verminderung der Arbeitslosigkeit seit dem letzten Bericht eingetreten, obwohl die Volkswehr und einige Betriebe annähernd 200 Personen während dieser Zeit entlassen haben.

1. Tagung des bad. Landestages für Körperpflege und Jugendberziehung.

Karlsruhe, 30. Juni. Ueber die erste Tagung des Badischen Landestages für Körperpflege und Jugendberziehung, die am Samstag im Sitzungssaal der zweiten Kammer stattfand, sei in Ergänzung unseres Berichtes in der Samstag-Abendausgabe noch nachgetragen:

Preisgabe weltlicher Würde, für den Berrat an ihrem Geschlecht, für den Mangel an Selbstachtung. Dann hielt er ihre eine Totenpredigt und stellte ihr die eigenen Fehler in krassen Worten vor.

weitem und diesem erweiterten Ausschuss bis zur nächsten Tagung die Lösung der zu beratenden Fragen zu übertragen. Der erweiterte Ausschuss setzt sich nunmehr aus folgenden Herren zusammen:

Als Ort der nächsten Tagung wurde wieder Karlsruhe bestimmt. Stadtpräsident Dr. Siedinger dankte sodann dem Herrn des Arbeitsausschusses für die geleistete Mühe und Arbeit.

Am Freitag abend 27. Juni, wurde ein Konzert der Württembergischen Musikgesellschaft im Stadtpark gegeben, das infolge der kühlen Witterung nur mäßig besucht war.

Der Arbeitsausschuss hatte aus Anlaß der Tagung ein außerordentlich reichhaltiges Sportprogramm zusammengestellt. Eingeleitet wurde dasselbe am Samstag abend 6 Uhr durch das Länder-Hockey-Wettspiel Baden gegen Bayern.

Die sportlichen Veranstaltungen des Sonntags, auf die mit im heutigen Abendblatt noch ausführlicher zurückkommen werden, liefen sehr unter der Ungunst der Witterung. Trotzdem hatten die wasser-sportlichen Veranstaltungen am Vormittag im Mittelbaden des Rheinhafens und die Leichtathletischen und turnerischen Aufführungen am Nachmittag auf dem Sportplatz des R. F. B. ein außerordentlich zahlreiches Publikum angezogen.

Ausgang aus den Ständebüchern Karlsruhe.

Geschiedenen. 28. Juni. Wilhelm Barth von Wauer, Kaufmann in Freiburg, mit Luise, geb. v. d. ...

Die Hausfrau schätzt den unterhaltenden Teil der 'Badischen Presse'... Die Bestellung der Badischen Presse auf 1. Juli muß nun sofort bei unseren...

Der Schaffen.

Roman von Else Stieler-Marshall.

Kleine, schmachtende Briefe, lockende, wiederkehrende Blumengrüße, winkende Abenteuer überall, in jeder StraÙe, die Hans Glas betrat.

sein Sinn. Zwar aus Dresden kam gute Kunde. Gertrud selbst sandte wieder täglich ihre lieben, heiteren Briefe, ihm aber war jetzt immer, wenn er sie las, als seien sie nur eine...

Die Mutter, der natürlich Gertruds Verweilen in Dresden, ihre Erkrankung auf die Dauer nicht hatte verschwiegen werden können, war hingereift, um Gertrud abzuholen.

Reichswehr. Freiwillige!

Kommt zum Garde-Kavallerie-Schützen-Korps.

Werbezentrale: Nürnberger Str. 70/71 (Deutsches Kinotheater).

Garde-Kavallerie-Schützen-Division (Heubuch).

Werbezentrale: Berlin-Wilmersdorf, Umlandstr. 155 (Ede Publizistikstr.).

Werbestelle in Durlach: Friedrichsschule, Zimmer 16-17, II.

Dragoner-Regiment 8: Berlin W. 15, Umlandstr. 155.

Lehr-Infanterie-Regiment: Karlsruhe, Hauptplatz, Steinbausestr.

Freikorps Lüchow: Berlin, Schowstr. 111.

Freikorps Schwarze Jäger: Berlin W., Nürnberger Str. 70/71.

Husaren-Regiment II: Berlin W., Umlandstr. 155.

Ulanen-Regiment 5: Berlin W., Umlandstr. 155.

Kürassier-Regiment 4: Charlottenburg, Poststraße für Musik.

Jäger-Regiment 3. Bf. 2: Berlin W. 11, Bernburger Str. 8.

Jäger 3. Bf. 6: Charlottenburg, Knebelstr. 4.

Brigade von Taysen: Berlin, Hilbelmstr. 102, Potsdamer Str. 141 (Nähe Potsdamer Platz 1), Belle-Alliance-Platz 1 (Nähe Hofesches Tor), Potsdamer Str. 66a (Ede Bülowstraße), Friedrichstr. 176 (Ede Jägerstraße).

Freikorps von Klewiz: Charlottenburg, Joachimsthaler Str. 19.

Detachement Künzel: Friesenau, Rheingaustr. 7.

Freikorps Schleswig-Holstein: Berlin W. 15, Umlandstr. 155.

3. Garde-Feldartillerie-Regiment: Schöneberg bei Berlin.

Schw. Feldhaubitzen-Batt. Braune: Schöneberg b. Joffen.

1. und 2. Pionier-Kompagnie: Berlin W., Umlandstr. 155.

Staffelstab und Kolonnen: Marienfelde, Berliner Straße, Ede Dorfstraße, Berlin W., Umlandstr. 155.

Fernsprecher- und Funkerabteilung: Berlin W. 15, Umlandstr. 155.

Division von Lettow

Werbezentrale: Charlottenburg, Am Knie, Södel Wismarstr.

Werbestelle in Durlach: Friedrichsschule, Zimmer 16-17, II.

Schutztruppen-Regiment 1: Grunewald, Bismarckallee 20.

Schutztruppen-Regiment 2: Grunewald, Jagowstr. 10.

Schutztruppen-Batterie 1: Grunewald, Bismarckallee 20.

Schutztruppen-Pion.-Abtlg. 1: Schlachtensee.

2. Marine-Brigade: Wilhelmshaven und Joffen, Stammplatz.

3. Marine-Brigade: Kiel-Def. Kadettenschule und Wilmersdorf, Kaiserstraße 1-12.

Escadron Kroppa: Klein-Steinbe bei Potsdam.

Radfahrer-Komp. Redlich: Krollenbafensbrück bei Potsdam.

M.-G.-Abteilung von Otterlein: Schmaragdort, Schützenhaus.

Freiw. Feldartill.-Regiment Nr. 15 (Regt. Olander): Jüterbog, Neues Lager.

Flak-Abteilung v. Lettow: Wannsee, Kleine Seestr. 5.

Schwere Feldhaubitzen-Abtlg. v. Lettow: Jüterbog, Neues Lager.

Pionier-Abtlg. v. Lettow, Nikolaifsee: Nikolaifsee, an der Rehwiese 6.

Minenwerfer-Komp. v. Lettow: Wannsee, Kleine Seestr. 5.

Div.-Nachrichten-Kommandeur v. Lettow: Köniqstr. 67.

Jagdstaffel Löwe: Forst bei Potsdam.

Staffelstab-Div. v. Lettow: Jüterbog, Subartill.-Schießschule.

Sanitäts-Komp. v. Lettow: Jüterbog, Subartill.-Schießschule.

Divisions-Kraftfahrtruppe: Wannsee, Köniqstr. 68.

Leichter Panzerkraftwagen-Jug: Wannsee, Köniqstr. 68.

Sturm-Lehr-Regiment: Nürnberger Straße 70/71.

M. G. Scharfschützen-Korps Breh: Berlin W., Karlsruher Str. 97.

Sturm-Bataillon Schmidt: Berlin W., Gärtenbergstr. 20a.

Radfahrer-Komp. v. Koeller: Berlin W., Karlsruher Str. 97.

Eiserne Escadron u. Fliegerkomp.: Karlsruhe, Karlsruher Str. 97.

Pionier-Bataillon G. A. S. R.: Berlin W., Lüchowstr. 111.

R. W. Sturm-Detachement Guschel: Charlottenburg, Kanitzstr. 6.

Sanitäts-Komp.: Langw. Viktoriastraße 87.

Flak-Abteilung: Stüterfelde, Gönckelstr., Restaurant Bismarckhäuser.

Eisenbahnbau-Komp. Soller: Klein-Neudamm, Dacheberg.

Funker-Abteilung G. A. S. R.: Berlin W., Al-Moabit-Meierei G. Soller.

Fernsprech-Abtlg. G. A. S. R.: Berlin W. 69, Perleberger Str. 26.

Staffelstab G. A. S. R.: Berlin, Brühlstr. (Garde-Kürassier-Kaserne).

Ärzte: Berlin W. 15, Nürnberger Straße 8 (Sof. Unt.).

Zeitfreiwillige: Berlin W. 50, Karlsruher Str. 242.

Technische Zeitfreiwillige: Technische Abteilung: Stüterfelde, Poststraße 50. 31016

Mauer- u. Steinhauerarbeiten

Die Ausführung der Kreisstraße... Die Ausführung der Kreisstraße... Die Ausführung der Kreisstraße...

Bekanntmachung.

Die Offiziere, Sanitäts-Offiziere und Beirats-Offiziere des Bezirkskommandos... Die Offiziere, Sanitäts-Offiziere und Beirats-Offiziere des Bezirkskommandos...

Bergebung von Kanalbauarbeiten.

Die Ausführung der Kanalarbeiten... Die Ausführung der Kanalarbeiten... Die Ausführung der Kanalarbeiten...

Versteigerung von Sägem und Seltenergeräten.

Am Mittwoch, den 2. Juli d. J., vorm. 9 Uhr... Am Mittwoch, den 2. Juli d. J., vorm. 9 Uhr...

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemart. Karlsruhe, Nr. 40001... Grundstück: Gemart. Karlsruhe, Nr. 40001...

Freiwillige Grundstücks-Versteigerung.

Auf Antrag der Erben des Landwirts Friedrich... Auf Antrag der Erben des Landwirts Friedrich...

Die Stelle des Vertretungs-Ratsherrn.

Die Stelle des Vertretungs-Ratsherrn... Die Stelle des Vertretungs-Ratsherrn... Die Stelle des Vertretungs-Ratsherrn...

Bürgermeisterstelle.

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadt... Die Stelle des Bürgermeisters der Stadt... Die Stelle des Bürgermeisters der Stadt...

Berufsbürgermeisters.

Die Stelle des Berufsbürgermeisters... Die Stelle des Berufsbürgermeisters... Die Stelle des Berufsbürgermeisters...

Holz-olle

in Ballen u. Ladungen... in Ballen u. Ladungen... in Ballen u. Ladungen...

Gebr. Möbel.

ganze Haushaltungen... ganze Haushaltungen... ganze Haushaltungen...

Getrag. Kleider.

Offiziers-Uniformen... Offiziers-Uniformen... Offiziers-Uniformen...

Die Heizung für den Winter

mus schon jetzt durch den Bodmann... mus schon jetzt durch den Bodmann... mus schon jetzt durch den Bodmann...

Tomaten-Pflanzen.

einmal 1000 hat noch abzu... einmal 1000 hat noch abzu... einmal 1000 hat noch abzu...

Badische Feuerversicherungs-Bank

Karlsruhe. Bilanz für den 31. Dezember 1918

Aktiva	
1. Forderungen an die Aktionäre	M. 5 000 000.—
2. Guthaben bei:	
a) Generalagenten	323 240 68
b) Banken	454 066 30
c) Versicherungs-Ges.	2 187 534 50
3. Rückständige Zinsen	5 949 95
4. Kassenbestand	10 310 74
5. Hypotheken	617 390.—
6. Wertpapiere	747 850.—
7. Grundbesitz (lastenfrei)	136 000.—
	M. 7 498 852 92
Passiva	
1. Aktienkapital	M. 4 000 000.—
2. Prämien-Überträge	930 000.—
3. Schaden-Reserven	1 488 000.—
4. Kreditoren:	
a) Versicherungs-Ges.	783 049 66
b) Sonstige	17 212 71
5. Nicht abgehobene Dividenden	1 820.—
6. Kapitalreservfonds	125 000.—
7. Talonsteuerreservfonds	6 000.—
8. Gewinn	100 740 55
	M. 7 498 852 92

Der Dividendenschein für 1918 — Nr. 17 — wird von heute ab mit M. 10.— eingelöst bei 1. dem Bankhause Veit L. Homburger in Karlsruhe; 2. der Rheinischen Creditbank in Mannheim und deren Zweigniederlassungen; 3. der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. in Mannheim und deren Zweigniederlassungen; 4. an unserer Kasse. Karlsruhe, den 27. Juni 1919. Der Vorstand. Dr. Rapp. 10565

Bis Anfang August 10420 keine Sprechstunden Dr. Ernst Huber Facharzt für Ohren-, Nasen- u. Halsleiden.

Damen-Frisier-Salon Marie Schumann 388532 Ritterstr., geg. dem Karlsruher Tagblatt. Moderne Frisuren. Tadellose Ondulation. Vorzügliche Kopfwäsche. - Manicure.

Dampfwaschanstalt Wendt, Ruppurr Telephone 2809 nimmt Stärk-, Haushalt- und Industriewäsche an. Lieferzeit 8-10 Tage. Annahmestelle: Werderplatz 35. Weitere Annahmestellen: Yorkstrasse 17 und Bruhsal. 10454

Schreibmaschinen-Haus A. M. Hoff Karlsruhe, Waldstr. 6, Telef. 5141 kauft verkauft Schreibmaschinen aller Syst. neu u. alt. Büro-Möbel. Uebernahme von Schreibmaschinen-Reparaturen aller Systeme.

Die besten Preise bekommen Sie für ausgekämmte Frauenhaare bei der Firma Alpern & Weissmann, Karlsruhe, Amalienstr. 37. Telefon 8729.

Flach-Strickmaschinen für die Haus-Industrie Die einzig richtige Familienstrickmaschine zur Herstellung von allen mögl. Artikeln in allen Größen u. in simpl. Strickarten. z. B. Socken, Strümpfen, in Schlauch u. gerippt Gamaschen. Sport-Strümpfen, Unterhosen, Anzüge, Sweater, Unterhosen, Mützen, Kinderkleidchen, Händchen, Jackette, Knie-wärmer, Leibbinden, Schals, Westen etc. Strick-Unterricht in der Fabrik oder durch Entsendung von Strickern. Komp. illust. Lehrbuch. Preis M. 1.— Garantie für ladelosen Gang, sowie solide, dauerhafte Konstruktion. Man verlange Garantieschein! Höchste Auszeichnung mit allen beschriebenen Ausstellungen. Katalog kostenlos!

Rostlinger-Strickmaschinenfab. H. Stoll & Co., Rostlingen (Württ.)

Sparkochherde in emailierter und lackierter Ausführung. kombinierte Kohlen- und Gasherde, Gas-Bach- u. Grillapparate, 10468 Hotelerde u. Spülküchen-Einrichtungen. Lager in Kupfer-Wasserschiffen u. Neuankertigung nach Plänen abgeben. Solifabrik Karl Ehreiser, Zsh. E. Koepfer, Telef. 2071, Karlsruhe i. S. Fernz. 4